



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/6568

A09

10. März 2022

Seite 1 von 4

Telefon 0211 871-3419

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022
Antrag der Fraktion der AfD vom 22.02.2022
„Angriffe auf Geldausgabeautomaten in NRW steigen exorbitant“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Angriffe auf Geldausgabe-
automaten in NRW steigen exorbitant“.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 10.03.2022
zu dem Tagesordnungspunkt
„Angriffe auf Geldausgabeautomaten in NRW steigen exorbitant“

Antrag der Fraktion der AfD vom 22.02.2022

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2022 wurden polizeilich für das Land Nordrhein-Westfalen bereits 42 Angriffe auf Geldausgabeautomaten (GAA) erfasst. Die Anzahl dieser Angriffe liegt über dem schon sehr hohen Niveau der Zahlen aus dem zum Vergleich herangezogenen Zeitraum im Jahr 2020 (30). Im Jahr 2021 ist hingegen ein deutlicher Rückgang der Zahlen festzustellen (6 Fälle im Januar und Februar), der offenbar auch auf den mehrmonatigen, pandemiebedingten sog. Lockdown in den Niederlanden zurückzuführen ist. Dieser hat die Reisemöglichkeiten der Tatverdächtigen erheblich eingeschränkt. So erklärt sich auch, dass seit Beendigung des Lock-Downs in den Niederlanden die Fallzahlen wieder ansteigen.

Dabei ist nicht nur die Zunahme der Anzahl dieser Taten besorgniserregend, sondern auch die dabei zunehmende Verwendung von brennbaren Sprengmitteln. Diese verursachen – aufgrund der hohen Sprengwirkung – an den Tatorten oft ganz erhebliche Gebäude- und Sachschäden. Ebenso besorgniserregend ist das rücksichtslose Fluchtverhalten der Täter mit zumeist hochmotorisierten Fahrzeugen.

Selbstverständlich hat die Polizei aufgrund der Zunahme der Delikte, der damit einhergehenden Gefahr für Unbeteiligte und den hohen materiellen Schaden auch ihre Maßnahmen ausgeweitet, um die dafür verantwortlichen Straftäter zu stellen und um solchen Delikten möglichst nachhaltig vorzubeugen.

So werden erhebliche Personalressourcen im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), in gezielt stattfindenden strategischen Fahndungen sowie zunehmend auch in tatbezogen eingerichteten Ermittlungskommissionen der Kreispolizeibehörden eingesetzt.

Als Ergebnis dieser aufwändigen Ermittlungen wurden seit Ende 2015 insgesamt bereits 157 Tatverdächtige festgenommen. Der überwiegende Teil der Straftaten ist nach Erkenntnissen des LKA NRW Tatverdächtigen



marokkanischer Abstammung zuzurechnen, die dazu aus den niederländischen Ballungszentren Utrecht und Amsterdam nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Ein wesentlicher Anreiz für die Taten in Nordrhein-Westfalen ist und bleibt die Vielzahl der Tatgelegenheiten, die sich durch die ca. 11.000 in Nordrhein-Westfalen betriebenen GAA bieten. Diese sind bis heute oftmals baulich und technisch nur unzureichend gegen Angriffe mit Gas oder anderen Explosivstoffen gesichert. Ein wesentlicher Handlungsauftrag zur Prävention dieser Straftaten liegt damit bei den Banken und Sparkassen selbst.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat im Rahmen der Herbstsitzung 2021 aus diesem Grund beschlossen, das damalige Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zu bitten, sich innerhalb der Bundesregierung für eine Prüfung der rechtlichen Verpflichtung von Herstellern und Betreibern von GAA zum Ergreifen von Sicherungsmaßnahmen einzusetzen. Ein Bericht wird für die Innenministerkonferenz im Frühjahr 2022 erwartet.

Zugleich habe ich das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW) bereits Ende 2021 – im Vorgriff auf die Frühjahrssitzung 2022 der IMK – gebeten zu prüfen, inwiefern Vorgaben zu baulichen Voraussetzungen und Sicherungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Aufstellung der GAA erlassen werden können.

Zuletzt am 23. Dezember 2021 hat das LKA NRW zudem aktualisierte Handlungsempfehlungen für Betreiber und Vermieter von Stellflächen für GAA zur Verfügung gestellt, in der die Analyse und Auswertung der beobachteten Taten eingeflossen sind. Noch am 21. Februar 2022 habe ich mich auch persönlich mit den Spitzenvertretern der relevanten Geldinstitute und Verbände zur aktuellen Situation ausgetauscht. Die Ergebnisse dieses Gesprächs bedürfen nunmehr weiterer, auch kriminalfachlicher Bewertungen, um die Kooperationen noch weiter auszubauen. Es besteht Konsens, solche Gespräche künftig fortzuführen.

Zu Prävention und Repression der GAA-Angriffe bedarf es – mit Blick auf die Herkunft vieler Täter – weiterhin auch der sehr engen internationalen polizeilichen Zusammenarbeit, insbesondere mit den niederländischen Sicherheitsbehörden. Diese Kooperation ist fortlaufend Gegenstand von Erörterungen sowohl auf operativer als auch auf politischer Ebene. So kamen Ministerpräsident Wüst und der niederländische Ministerpräsident Rutte am 12. Januar 2022 zusammen, auch um die Intensivierung solcher



Zusammenarbeit zu besprechen. Danach habe ich im Februar 2022 mit der niederländischen Ministerin für Justiz und Sicherheit hierzu ebenfalls einen intensiven Austausch geführt.

Seite 4 von 4

Abstimmungen zu konkreten Unterstützungen im Rahmen von Ermittlungsverfahren finden außerdem regelmäßig zwischen dem LKA NRW und den zuständigen Polizeibehörden der Niederlande statt, auch unter Beteiligung der Justizbehörden beider Länder.

Basierend auf diesen Abstimmungen strebt die Landesregierung an, die bereits intensiven Kooperationen zwischen dem LKA NRW und den niederländischen Polizeibehörden vorzugsweise durch Einrichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen (Joint Investigation Teams) noch schlagkräftiger auszubauen.

Zugleich werden fortlaufend die spezifischen Fahndungs- und Ermittlungskonzepte der Polizei NRW ebenso strategisch wie fallbezogen weiterentwickelt und – soweit angezeigt – auch in dazu angepasste operative Organisationsformen eingebettet.